

Vermerk der niederländischen Mission in Deutschland (3. Februar 1951)

Legende: Am 3. Februar 1951 verfasst die niederländische Mission in Deutschland einen Vermerk, in dem sie die Haltung der westdeutschen Öffentlichkeit und Presse zu den in Paris laufenden Verhandlungen über den Schuman-Plan zusammenfasst.

Quelle: Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam. NVV - J.G. van Wouwe 1945-1973. Stukken betreffende Europese en internationale organisaties. Stukken betr. het Schuman Plan. 1950-1954. Diverse commissie. 1950-1952, 106.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/vermerk_der_niederlandischen_mission_in_deutschland_3_februar_1951-de-4bab866d-d79a-4203-8320-b54be5cc93b3.html



Publication date: 05/07/2016

Öffentliche Meinung zum Schuman-Plan – Westdeutschland (3. Februar 1951)

Bericht der niederländischen Gesandtschaft in Deutschland

Die öffentliche Meinung in Deutschland zum Schuman-Plan basiert selbstverständlich nicht auf Informationen über den Inhalt der Pariser Verhandlungen, von dem nur einige wenige Kenntnis haben. Sie befasst sich vielmehr mit den Vorstellungen, die sie sich selbst von den Grundgedanken des Plans und dessen Realisierungsmöglichkeiten macht.

Anfangs wurde der Schuman-Plan als progressiver Gedanke angesehen, der mit einem Schlag die Grundlage für eine deutsch-französische Wirtschaftsunion schaffen sollte. Als deren wichtigstes Element galt die supranationale Behörde, da diese sowohl zur Überbrückung der historischen deutsch-französischen Gegensätze als auch zur Beseitigung der benachteiligten Stellung Deutschlands in der Nachkriegszeit infolge der ihm auferlegten Maßnahmen für notwendig erachtet wurde.

Viele waren von diesem Gedanken begeistert, andere, insbesondere die Sozialisten, äußerten sich ausgesprochen skeptisch. Die Vorstellung, die man sich von Schumans Idee machte, war jedoch, abgesehen von ihrer Umsetzbarkeit, die gleiche.

Die öffentliche Diskussion konzentrierte sich auf den politischen Aspekt des Plans. Allgemein ging man davon aus, dass zwar eine Fülle wirtschaftlich-technischer Probleme gelöst werden müsste, für das Gelingen des Plans jedoch entscheidend war, ob eine Lösung für die politischen Probleme gefunden werden konnte.

Man machte sich keine Sorgen, bei einem engeren Zusammenschluss mit Frankreich wirtschaftlich von dem Partnerland überrollt zu werden, sofern die politische Frage, ob es Frankreich ernst damit sei, mit einem Mal die Ursachen der traditionellen deutsch-französischen Gegensätze zu beheben und auf paritätischer Basis über den Aufbau eines gemeinsamen wirtschaftlichen Raumes zu verhandeln, positiv beantwortet werden würde.

Diese anfängliche Vorstellung ist allerdings vom zähen Verlauf der Pariser Verhandlungen nicht unbeeinträchtigt geblieben. Vor allem das visionäre Element, das an die Gefühle appellierte, wurde weitgehend ausgehöhlt.

Prüfstein für die Redlichkeit Frankreichs war in den Augen der Öffentlichkeit die Bereitschaft des Landes, an der Aufhebung der Beschränkungen mitzuwirken, denen die deutsche Wirtschaft nach dem Krieg unterliegt.

Mit der Konferenz der stellvertretenden Außenminister in London vollzog sich unbewusst eine Änderung der im Volk herrschenden Ansicht über die Bedeutung der Idee Schumans. Auslöser für diese Umorientierung war die überraschende Tatsache, dass gerade von französischer Seite Einwände gegen die Aufhebung der Produktionsbeschränkungen in Deutschland erhoben wurden.

Das anfängliche Schwanken zwischen Hoffnung und Angst machte der allgemeinen Überzeugung Platz, dass Frankreich Deutschland mittels des Schuman-Plans dazu bewegen wollte, selbst einer vorläufigen Aufrechterhaltung der Produktionsbeschränkungen zuzustimmen, damit Frankreich sich bei einer langfristig unvermeidlichen Verschmelzung der europäischen Volkswirtschaften in irgendeiner Hinsicht einen wertvollen Vorsprung gegenüber der deutschen Konkurrenz sichern könnte.

Diese Entwicklung der öffentlichen Meinung erklärt die Haltung der deutschen Delegation in Paris, die zunächst ermächtigt war, die Modalitäten eines Vertrages zur Ausführung des Schuman-Plans vorbehaltlos zu erörtern, nun jedoch beauftragt wurde, ihre Zustimmung zu dem Vertrag von *Conditiones sine quibus non* abhängig zu machen. Der Inhalt dieser Bedingungen stimmt, soweit bekannt, mit den von der Öffentlichkeit getragenen Vorstellungen überein. Man wünscht sich gleiche Rechte für die Vertragspartner, Aufhebung der Produktionsbeschränkungen, Berücksichtigung der deutschen Wünsche in Bezug auf die vertikale Kombination bei der Neuordnung der Schwerindustrie, Auflösung bzw. Reorganisation der

Ruhrbehörde sowie die Beibehaltung der bestehenden Zentralisierung bei dem Verkauf von Steinkohle.

Man geht davon aus, dass die übrigen vertragsschließenden Parteien all diese Wünsche für sich selbst und ihre eigene Industrie auch als selbstverständlich betrachten, sodass die Nichterfüllung der von deutscher Seite gestellten Bedingungen eine Diskriminierung Deutschlands darstellen würde.

Das zunehmende Misstrauen gegenüber den französischen Absichten führte ferner dazu, dass eine Kopplung des Schuman-Abkommens an die Frage der Wiederbewaffnung abgelehnt wurde. In dieser Hinsicht haben die Franzosen ihre Forderungen offenbar aufgegeben, nachdem sich herausstellte, dass das deutsche Volk es keineswegs eilig hatte, wieder Militäruniformen anzuziehen.

Neben diesen allgemeinen Anmerkungen sei noch hervorgehoben, dass in Kreisen der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie eine gewisse Enttäuschung darüber zu spüren ist, dass die Erwartungen an den Schuman-Plan, einen Beitrag zur Rationalisierung und Rentabilitätssteigerung dieser Industriezweige zu leisten, in den Hintergrund getreten sind.

Die Gewerkschafter und die SPD befürchteten zunächst, dass der Schuman-Plan die Eigentumsverhältnisse in einer für die Arbeiter nachteiligen Weise beeinflussen und im Grunde auf eine neue Art der Kartellbindung hinauslaufen würde. Diese Bedenken wurden nun offenbar ad acta gelegt, da sich gezeigt hat, dass es möglich ist, von der Bundesregierung eine akzeptable Regelung für die geforderten Mitbestimmungsrechte zu erwirken.

Allerdings beharrt die SPD immer noch darauf, dass bei der Verwirklichung des Schuman-Plans der deutschen Wirtschaft eine zu große Menge Steinkohle entzogen würde, wodurch beispielsweise den Haushalten in Deutschland zu wenig Heizmaterial zur Verfügung stünde. Vor allem dieses Argument wird angeführt, um die laut SPD „wirtschaftspolitisch unmögliche Zielsetzung“ des Planes zu belegen.

Schließlich sei noch erwähnt, dass in Deutschland allgemein angenommen wird, dass die Verhandlungen in Paris demnächst zu einer Einigung führen werden. In der Frage, ob der Schuman-Vertrag die Zustimmung des Parlaments erlangen wird, besteht hingegen Uneinigkeit.

3. Februar 1951.